

# BürgerInnenbrief **Mitte**

8. September 2008



**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Themen: +++ Shared Space +++ Schule für alle +++ Universiade +++ Haushalt +++ Anfragen +++ Bürgerbüro eröffnet

## Bohmter Erfahrungen mit »Shared Space«



Bohmte: Warten vorm Überqueren der Straße

Auf Einladung der GAL-Bürgerschaftsfraktion fuhr am 5. September eine 45köpfige Delegation nach Bohmte, um sich einen Eindruck von Deutschlands bisher einzigem, realisiertem Shared-Space-Projekt verschaffen. Für die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN nahm mein wissenschaftlicher Mitarbeiter, Michael Joho, die Einladung an. Seine Einschätzung der »Bohmter Erfahrungen« gebe ich gern weiter:

»Bohmte ist eine Gemeinde im Landkreis Osnabrück, die 1972 unter diesem Namen neu zusammengefasst wurde und heute rund 13.600 EinwohnerInnen umfasst. Ausgerechnet hier, weit ab von den Metropolen, wurde 2004 ein Prozess eingeleitet, der schließlich im Mai 2008 zur Einweihung des ersten Shared-Space-Projekts in Deutschland führte. Auf einem knappen Kilometer ist die Bremer Straße – eine Landesstraße mit einem durchschnittlichen Aufkommen von 12.600 Fahr-

zeugen (inkl. 1.000 Lastkraftwagen) pro Tag – mit Hilfe von Mitteln der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. Euro umgestaltet worden, um hier nach acht Monaten Bauzeit Bohmtes wichtigste Attraktion zu schaffen. Davon berichtete Bürgermeister Klaus Goedejohann der hamburgischen Abordnung in glühenden Worten. Auch die weit überwiegend aus der GAL kommende Teilnehmerschaft ließ sich von der Euphorie anstecken. Rund eine dreiviertel Stunde stand an diesem Freitagnachmittag anschließend zur Verfügung, um die Bremer Straße in Augenschein zu nehmen.

Auf den ersten Blick hatte ich Mühe, die Shared-Space-Straße als solche auszumachen. Es gibt keinerlei Hinweis darauf, sieht man vom veränderten Belag und zwei weißen Streifen links und rechts der Straße ab. Bei näherem Hinsehen wird klar, dass es keine Beschilderung gibt. Der erste Ein-

druck ergibt, dass der Fahrraum für die Autos klar abgegrenzt ist vom Gehweg für die PassantInnen und einzelne parkende Autos. Dazwischen ist zwar keine Bordsteinkante mehr – also alles befindet sich auf der gleichen und damit barrierefreien Ebene –, aber die zwei dicken weißen Streifen markieren doch deutlich: Hier solltest du fahren und hier solltest du gehen. RadfahrerInnen nutzen offensichtlich mal die eine, mal die andere Seite vom Streifen. Insofern war ich etwas ernüchtert, was den Shared Space, d.h. den geteilten oder auch gemeinsam genutzten Verkehrsraum für alle, anbelangt.

Interessant stellte sich die Situation an einem »Kreisell« dar, der ebenfalls ohne jegliches Verkehrsschild auskommt. Es gilt im Grunde rechts vor links, was im Normalfall bedeutet, dass die in den Kreisell einfahrenden Autos quasi Vorfahrt genießen. Aber, so war zu beobachten, auch nicht immer! Es bedarf offenbar des vorsichtigen Heranfahrens und letztlich des Blickkontakts, übrigens auch mit den RadfahrerInnen und FußgängerInnen, um sich dann vorwärts zu bewegen oder einzufädeln. Kurios war es z.B., wenn das Gefährt nicht rechts, sondern links an der Verkehrsinsel vorbei gelenkt wurde – es gibt ja keine Ge- oder Verbotsschilder. Insgesamt hatte ich das Gefühl, dass der ab und an zu kurzen Staus auflaufende Auto- und LKW-Verkehr tempogedrosselter abließ.

Einzelne DelegationsteilnehmerInnen, die versuchshalber die Straße überquerten, zogen sich zwei, drei Mal das übliche Gehupe der AutofahrerInnen zu. Ich beobachtete einen Vater, der mit einem Kinderwagen quer zur Straße stand, also deutlich mit der Absicht, diese zu passieren. Der Verkehr rauschte vielleicht eine gute Minute ungebremst vorbei, bis eine FahrerIn endlich den Fuß vom Gaspedal nahm. Immerhin, es gibt hier ja auch keinerlei Zebrastrifen, nur ein paar quer zum Streifen verlaufende weiße Ausbuchtungen, die offenbar vermitteln sollen: Hier darf ich jetzt rüber.

Ich bin auch deswegen nach Bohmte mitgefahren, um als langjähriger St. Georger neue Erkenntnisse mit Blick auf die Lange Reihe zu gewinnen. Denn ausgerechnet für diese Straße versucht die GAL-Mitte mit Macht, Shared Space durchzusetzen – gegen die ausdrücklichen Voten von Bürger- und Einwohnerverein! Insbesondere der Einwohnerverein befürchtet, dass Shared Space zu massiven Mietpreiserhöhungen für die AnwohnerInnen und die Gewerbetreibenden und damit zur Verdrängung führt, und er sieht auch die weitere Überflutung mit TouristInnen und Flanierpublikum voraus. Diese Einwände sind nicht grundlos, sie können sich sogar auf den Schöpfer von Shared Space berufen, auf den holländischen Verkehrsplaner Hans Mondermann.

Antworten auf meine Fragen hielt Bohmte in keiner Weise bereit: Weder gibt es auf der Bremer Straße irgendeine Kneipensammlung noch Touristen- oder gar Schicki-Micki-Ströme, da bewegte sich überhaupt kaum jemand zu Fuß. Und auch die flachen Häuser wirkten nicht gerade so, dass die Wohnungen darin in den letzten zehn Jahren irgendeinen (Miet-)Preissprung gemacht hätten. Insofern lassen sich die Erfahrungen von Bohmtes Bremer Straße nicht auf die Lange Reihe übertragen. Bohmte ist ein Provinznest, St. Georg ist ein von Lifestyle-Magazinen hochgejubeltes In-Viertel.

Alles in allem konnte ich den spürbaren Jubel vieler GAL-KollegInnen nur bedingt nachvollziehen. Klar, wenn das Tempo etwas herausgenommen wird, wenn der Verkehrsraum zum gemeinsamen, von Verantwortung geprägten Bewegungsraum wird, ist das zu begrüßen. Doch dies war in Bohmte nur mit Abstrichen zu erkennen. Und die sozialen Auswirkungen in solchen innerstädtischen Vierteln wie St. Georg spielten – offenbar auch im Problembewusstsein der GALLier – leider keine Rolle.«

Michael Joho

## Eine Schule für Alle



für Alle  
EINE SCHULE

Vom 19. September bis zum 9. Oktober werden überall in Hamburg Unterschriften für ein neues Volksbegehren gesammelt: Es geht um »Eine Schule für Alle«, also das Ziel, allen SchülerInnen von Klasse 1 bis Klasse 10 eine gleiche und damit gerechte Ausbildung zukommen zu lassen. Sicher, die Senatskoalition aus CDU und GAL hat vereinbart, dass Hamburgs Kinder zukünftig in der Primarschule von Klasse 1 bis Klasse 6 zusammen unterrichtet werden. Das ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung, aber er reicht nicht!

Von den PISA-Umfragen mag man halten, was man will, aber der Vergleich mit dem Bildungssystem in anderen, vor allem skandinavischen Ländern zeigt, dass die bundesdeutsche Bildungslandschaft vor allem an der Dreigliedrigkeit in Haupt-, Real- und »Ober«-Schule krankt. Wer aus »benachteiligten« Verhältnissen kam, landete in den meisten Fällen in der Hauptschule und hatte – wenn überhaupt – eine oft nur steinige Perspektive auf dem Arbeitsmarkt.

In Hamburg bleiben die SchülerInnen nun bis zum Ende der 6. Klasse zusammen, aber danach erfolgt weiterhin die

Aufteilung. Der eine Teil geht in die etwas schönfärberisch so genannte Stadtteilschule über, der andere Teil darf die höheren Weihen des Gymnasiums erfahren. »Wer wohin kommt«, heißt es in einem auch von mir unterzeichneten St. Georger Aufruf zugunsten des Volksbegehrens, »entscheidet sich meist nach sozialer Herkunft. Damit werden die Weichen für den beruflichen Lebenserfolg quasi in der Pubertät gestellt.« Das darf so nicht bleiben!

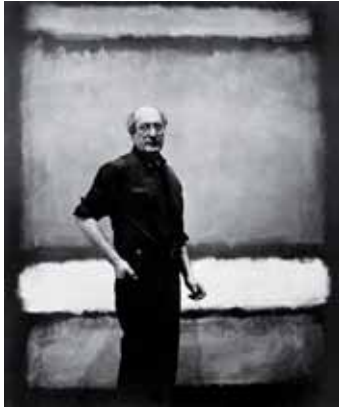
Mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu schaffen, darum geht es in dem Volksbegehren »Eine Schule für Alle«. Hier mehr als nur einen zaghaften Schritt zu unternehmen, das erfordert die bildungspolitische Lage, das erfordert vor allem auch die teilweise dramatisch schlechte Lebens- und Berufsperspektive von Hunderttausenden Jugendlichen. In Hamburg haben wir mit dem Volksbegehren die einmalige Möglichkeit, die Startbedingungen der jungen Menschen deutlich zu verbessern und endlich gerechter zu gestalten.

Deshalb werde auch ich in den kommenden Wochen Unterschriften sammeln, um dem Volksbegehren zum Erfolg zu

verhelfen. Und ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Menschen aus meinem Wahlkreis sich diese Initiative zu eigen machen und selbst Unterschriften sammeln. Wer dazu meine Unterstützung benötigt, kann mich gern während mei-

ner Sprechstunde im Abgeordnetenbüro in der Borgfelder Straße 83 (donnerstags von 16 bis 18 Uhr) ansprechen. Nähere Informationen über das Volksbegehren »Eine Schule für Alle« gibt es außerdem unter [www.eineschule.de](http://www.eineschule.de).

## Kultur Tipp: Mark Rothko nicht verpassen!



Nur noch wenige Tage (bis zum 14. September!) ist in der Hamburger Kunsthalle eine Retrospektive mit Bildern des Malers Mark Rothko (1903–1970) zu sehen. Die Ausstellung umfasst mehr als 70 Gemälde und etwa 40 Arbeiten auf Papier mit wichtigen Werken aus allen Phasen seines Schaffens. Der aus einer jüdischen Familie stammende

Künstler war mit seinen Eltern wegen antisemitischer Übergriffe aus Russland 1913 in die USA ausgewandert. Dort hat er sich vor allem ab den 1950er Jahren zu einem der bedeutendsten abstrakten Maler des 20. Jahrhunderts entwickelt.

Mir haben vor allem die gegenständlichen Werke aus der Frühzeit gefallen, während seine großformatigen und flächigen Bilder – die ihn berühmt gemacht haben – mir ein wenig zu mystisch aufgeladen sind. Wer sich sein eigenes Urteil über das künstlerische Schaffen Rothkos – der eigentlich Marcus Rothkowitz hieß – bilden möchte, sollte die Gelegenheit nutzen, sein Werk in einer Dichte und Qualität zu betrachten, wie sie vermutlich auf lange Zeit in Europa nicht wieder zu sehen sein wird.

## Hamburgs Universiade-Bewerbung

Auf der Bürgerschaftssitzung am 4.9.2008 ging es auch um die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg für die Durchführung dieses Sportfestes im Jahr 2015.

Die Universiade, die Weltspiele der Studierenden, wird alle zwei Jahre im Sommer und Winter vom Weltdachverband des Hochschulsports, der FISU (Fédération Internationale du Sport Universitaire), veranstaltet. Mit derzeit etwa 10.000 TeilnehmerInnen aus über 150 Nationen ist die Sommeruniversiade nach den Olympischen Spielen die zweitgrößte Multisportveranstaltung der Welt. Doch bei der Universiade geht es nicht nur um hochkarätigen Sport. Vielmehr bietet diese Sportgroßveranstaltung auch die Gelegenheit – und die Hamburger Wirtschaft betont dies besonders –, Hamburg einer großen Anzahl von (angehenden) AkademikerInnen vor Ort und in den Medien als Wissenschaftsstandort und lebenswerte Metropole zu präsentieren.

Ich sehe diese Bewerbung ausgesprochen kritisch. Es geht um viel Geld. Die SenatsvertreterInnen schätzen den Aufwand auf rund 150 Millionen Euro. Der Großteil des Geldes hinterlässt bei den Sportstätten keinen nachhaltigen Effekt – die Anlagen werden, wie auch das Athletendorf, teilweise nur für den Event hergestellt und anschließend wieder abgebaut.

Können wir uns in Hamburg auf dem Gebiet des (Spitzen-)Sports eine solche Ausgabe überhaupt leisten? Auch der Senat ist skeptisch und verweist auf die Berliner Regierung, die sich bislang aber nur mit 25 Millionen beteiligen will. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Michael Neumann und deren sportpolitische Sprecherin Karin Timmermann haben in einem Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Peter Struck eine Zusage von weiteren 25 Millionen

Euro erhalten. Selbst wenn sich damit die Bundesregierung mit 50 Millionen Euro beteiligen würde, bleibt die Frage, ob Hamburg die restlichen rund 100 Millionen für diese Großveranstaltung aufbringen soll.

Ich sehe mich in meinen Misstrauen bestärkt, wenn ich mir anschauere, wer über das mögliche Ende der Sportstadt Hamburg lamentiert. Zunächst einmal ist auffällig, dass es im öffentlichen Diskurs, wie er primär von der Handelskammer und der Hamburg Marketing GmbH geführt wird, um den Sport nur an zweiter Stelle geht. Der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, Hans-Jörg Schmidt-Trenz, wird nicht müde, den Untergang der »Sportstadt Hamburg« an die Wand zu malen. Er hebt vor allem auf den »Imageschaden« und die Bedeutung der Großveranstaltung für internationale Unternehmen und Touristen ab. »Spätestens seit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland hat sich herumgesprochen, dass internationale große Sportfeste Zugpferde auch für den Aufschwung sind.«

Unbestritten hat ein Sportereignis mit 10.000 TeilnehmerInnen auch wirtschaftliche Effekte. Der Fraktion DER LINKEN geht es aber vor allem um eine notwendige Investition in die Substanz und das Rückgrat der Sportstadt, den Vereinssport. Und genau hier liegt die Crux, denn mit der Situation des Sports in den Vereinen und in den Schulen steht







Nicht nur Kinder brauchen vernünftige Sportstätten!

es keineswegs zum Besten. Ganz im Gegenteil, wie einige Beispiele unterstreichen:

- Die Kürzung des Schwimmunterrichts um 25% durch den CDU-Senat 2005 hat dazu geführt, dass mittlerweile jeder dritte Hamburger Viertklässler Nichtschwimmer ist, so das Ergebnis einer Erhebung der Schulbehörde vom Oktober 2007. Doch die Situation ist für die benachteiligten Schichten und Stadtteile noch gravierender: In Wilhelmsburg liegt die Schwimmfähigkeit sogar nur bei 30%, im reichen Volksdorf dagegen bei 70 bis 80 %.
- Die Überlassung der Lehrschwimmbekken 2006 an einige Vereine – ein weiteres Beispiel der Privatisierung öffentlichen Eigentums – hat zu erheblichen Problemen bei der Nutzung und darüber hinaus auch so manchen Verein an die Grenze seiner finanziellen Belastbarkeit geführt.
- Die Versorgung der Vereine und sporttreibenden Menschen in den innerstädtischen Quartieren ist schon seit längerem nicht mehr gewährleistet. Es fehlt allorten an ausreichenden Platz- und Hallenkapazitäten. Verschärft wurde der Mangel in einigen Stadtteilen noch dadurch, dass ehemals städtische Turnhallen umgewidmet bzw. verkauft wurden (z.B. die Turnhalle an der Langen Reihe).
- Tausende von Menschen sind heute finanziell nicht mehr in der Lage, regelmäßig Sport zu treiben, weil die Vereinsbeiträge zu hoch bzw. für Hartz-IV-EmpfängerInnen nicht mehr bezahlbar sind. Der Regelsatz sieht keinerlei Entlastung bzw. Einbeziehung von Sportvereinsbeiträgen vor.

Diese Beispiele könnten beträchtlich erweitert werden und belegen, dass die »Sportstadt Hamburg« eine Schimäre ist.

Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist von der sportlichen Betätigung ausgeschlossen, die Qualität vieler Plätze, Hallen und sonstigen Anlagen sind weit davon entfernt, auf irgendein Siebertreppchen steigen zu können.

Wenn die Stadt Hamburg nun rund 100 Millionen Euro in die Universiade pumpt, dann ist dies eine Richtungsentscheidung, die zwar einer Event- und Marketingstrategie folgt, nicht aber die Situation an der Basis verbessert. Da Geld für Zwecke des Sports offenbar vorhanden sind, müssen diese im Interesse hunderttausender Sporttreibender in den Vereinen und in sonstigen Zusammenhängen eingesetzt werden.

Konkret heißt dies, und in dieser Hinsicht kann dem Programm des Hamburger Sportbunds (HSB) vom 3.6.2008 – »Die Sportstadt der Hamburgerinnen und Hamburger vereint verwirklichen« – zugestimmt werden, die Sparmaßnahmen im Sportbereich zurückzunehmen und die Sportfinanzierung insgesamt zu erhöhen. Es geht nicht um die eventbezogene Herrichtung fotogener Wettkampfstätten, sondern um die »Absicherung der entgeltfreien Bereitstellung sowie der vorrangigen Nutzung von staatlichen Sportstätten durch gemeinnützige Sportvereine und -verbände«. Auch die vom HSB geforderte »Investitionsoffensive zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung vereinseigner und staatlicher Anlagen« muss auf der sportpolitischen Agenda ganz oben erscheinen. Nicht zuletzt geht es um »die flächendeckende Durchführung und Sicherstellung von mindestens drei Wochenstunden Sportunterricht (Sportpraxis) durch staatlich ausgebildete Sportlehrer an allgemeinbildenden Schulen« – der alte Traum der Schulreformer seit den 1920er Jahren.

# Haushalt ohne Neuverschuldung?

Wie der zum Herkules mutierte Finanzsenator die Öffentlichkeit täuscht



Titanen bei der Arbeit

Die schwarz-grüne Koalition begleitet ihre kümmerliche Reformpolitik mit gewaltigem Pathos. Der Haushalt für 2009/10 wird als der »große Wurf, ohne einen Cent Neuverschuldung« (CDU-Finanzsenator Michael Freytag) angepriesen. »Haushaltsberatungen sind immer eine Herkulesaufgabe. Diese haben wir sehr gut gemeistert«, sagte Bürgermeister Ole von Beust nach den Verhandlungen. Zwei Ziele habe man erreicht: Zum einen bliebe es bei einer soliden Haushaltspolitik ohne neuen Schulden, aber mit einer kleinen Tilgung. Zum anderen könne der Senat die Vorhaben, die im CDU-GAL-Koalitionsvertrag vereinbart wurden, durchführen. In den Verhandlungen habe es nie eine Frontstellung »schwarze Senatoren gegen grüne Senatoren« gegeben, so von Beust. Der Finanzsenator sprach gar von einem »kraftvollen Pakt für die Zukunft Hamburgs«.

Die vermeintlich kraftvolle Zukunft bedeutet einen weiteren Schritt zur Minimierung des politischen Handlungsspielraums. Keinen Cent Neuverschuldung – diese Botschaft ist faktisch eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit\_

- Der Senator redet nicht darüber, dass weiterhin kräftige Steuereinnahmen unterstellt werden, was angesichts trüber Konjunkturaussichten eine heroische Annahme ist.
- Der Senat plündert die Rücklagen und Fonds der Stadt und gewinnt mit weiterer Vermögensmobilisierung rund 1,5 Mrd. Euro, mit denen der Haushalt aus den roten Zahlen gehoben wird.
- Die Grunderwerbssteuer wird erhöht
- Die maroden Schulgebäude, die Hafan Port Authority und das Projekt Hafeneisenbahn-Modernisierung werden in Nebenhaushalte verschoben; der Hamburger Haushalt ist sauber, aber die Schulden in den Nebenhaushalten steigen drastisch an.
- Außerdem wird im Betriebshaushalt umgeschichtet zugunsten der schwarz-grünen Vorzeigeprojekte – rund 90

Millionen werden eingespart. Noch ist völlig offen, welche sozialen Gruppen von den Kürzungen erfasst werden. Der Hamburger Herkules hat den miefigen Stall der öffentlichen Finanzen nicht ausgemistet, sondern versprüht lediglich Phrasen. Die Verschuldung steigt dramatisch weiter an.

Im »großen Wurf« enthalten sind für die Jahre 2009/2010 800 Mio. Euro an Mehrausgaben gegenüber 2007/2008. Insgesamt weist der Plan für 2009 und 2010 jeweils 10,7 Mrd. Euro an bereinigten Gesamtausgaben aus.

Allein 165 Mio. Euro sollen für die Einstellung zusätzlicher Lehrer ausgegeben werden. Außerdem wird der Besuch der Vorschulen vom nächsten Jahr an wieder kostenfrei und die Zahl der Ganztagschulen auf mehr als 200 ausgeweitet. Im Vordergrund des Kita-Ausbaus mit 123 Mio. Euro steht die Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz auf alle Zweijährigen vom 1. August 2010 an. Parallel zur Vorschule wird auch das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung vom 1. August 2009 an kostenlos.

Außerdem will der Senat 50 Mio. Euro in das Klimaschutzprogramm investieren. Zusätzlich 67 Mio. Euro sollen in die Wohnungsbau- und Wohnraumförderung fließen. Für die Verbesserung des Straßen- und Radwegenetzes wollen CDU und GAL zusätzlich 55 Mio. Euro ausgeben. Polizei und Feuerwehr erhalten 15 Millionen Euro mehr. Der Bereich Wissenschaft und Forschung darf auf 97 Mio. Euro hoffen. Für die Weiterentwicklung des Sports sind zehn Millionen Euro vorgesehen.

Zur Finanzierung will der Senat die Grunderwerbssteuer vom nächsten Jahr an von 3,5% auf 4,5% erhöhen. Das soll jährlich 63 Millionen Euro in die Kassen spülen. Ein wichtiger Sparposten ist die Streichung des Betriebszuschusses für die Hamburg Port Authority in Höhe von 80 Millionen Euro jährlich. »In Zukunft gilt: Hafan finanziert Hafan«, sagte der Bürgermeister Ole von Beust. Das heißt: Die Hafanunternehmen finanzieren die HPA über ihre Gebühren. Aber auch die Be-



hördenchefs müssen sparen: Schwarz-Grün hat für 2009 und 2010 eine globale Minderausgabe von jeweils knapp 90 Millionen Euro vereinbart. Bleibt abzuwarten, auf wessen Kosten hier erneut gespart werden wird.

Allerdings reichen diese Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen bei weitem nicht aus, um das gewaltige Finanzierungsdefizit in der Haushaltsplanung auszugleichen. Allein der Investitionshaushalt weist in Zeitraum 2008-2010 einen Negativsaldo von 3,5 Mrd. Euro aus. Darin enthalten sind 1,2 Mrd. für »Zukunftsprojekte« wie Hafencity, U-4 und Elbphilharmonie, deren Wert für die Stadt zweifelhaft und deren Kosten offensichtlich nicht beherrschbar sind, wie der neuerliche skandalöse Anstieg der Kosten der Elbphilharmonie um 100 Mio. Euro nachdrücklich belegt, die in der Haushaltsplanung noch gar nicht berücksichtigt sind.

Zur Finanzierung »von Investitionen in Hamburgs Zukunft« greift der Senat zum einen auf den massiven Überschuss im Betriebshaushalt in den Jahren 2008 bis 2010 (zu dem auch die sozial einseitigen »strukturellen Einsparungen« der alten CDU-Senate beigetragen haben) in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zurück. Für die verbleibenden zwei Mrd. Euro Zukunftskosten, werden die in der Vergangenheit gebildeten finanziellen Reserven der Stadt faktisch aufgelöst. Für 2008 bis 2010 sind Entnahmen aus Rücklagen von zwei Mrd. Euro geplant. Hinzu kommen noch einmal 300 Mio. Euro aus Vermögensmobilisierungen, sprich dem Verkauf von öffentlichen Unternehmen und Grundstücken.

Aber auch das ist noch längst nicht die ganze Haushaltswahrheit. Zur Kaschierung des öffentlichen Defizits sollen zukünftig öffentliche Unternehmen für die dringend erforderlichen staatlichen Investitionen verantwortlich sein. Prak-

tisch bedeutet dies, dass es neben dem Gesamthaushalt der Stadt Schattenhaushalte geben wird, die sich der öffentlichen Kontrolle entziehen. Finanzsenator Freytag hat sich ausdrücklich dazu bekannt, staatliche Aufgaben auf öffentliche Unternehmen zu verlagern, die zu 100% im Besitz der Stadt sind. Der Effekt: Ausgaben und Investitionen dieser Unternehmen belasten den Gesamthaushalt der Stadt nicht mehr.

Klar ist bereits, dass die Schulgebäude mit ihrem Sanierungsbedarf von mehr als drei Milliarden Euro auf ein städtisches Unternehmen übertragen werden. Die Aufgabe wird vermutlich auf die städtische Wohnungsbaugesellschaft Saga/GWG verlagert. Die Gesellschaft saniert in einer privat-öffentlichen Partnerschaft bereits im Süden Hamburgs 32 Schulgebäude. In der Behörde würden derzeit zwei Modelle geprüft, eine Entscheidung solle noch in diesem Monat fallen. Im Gespräch ist die Gründung einer städtischen Gesellschaft mit dem ausschließlichen Zweck der Schulsanierung und -unterhaltung. Dieser Gesellschaft sollen die Schulgebäude als Sicherheit übertragen werden, um Kredite aufzunehmen.

Diskutiert wird der Weg der Auslagerung auch bei einem zweiten Sanierungsfall: der Hafenbahn. Hier soll die Hochbahn einspringen, um dringend erforderliche Investitionen von 700 Mio. Euro vorzunehmen.

Reserven verbraucht zur Kaschierung der Megalöcher, Schattenhaushalte aufgebaut: von seriöser Finanzpolitik ist dieser Senat weiter entfernt denn je. Vorsorge für die Zukunft sieht jedenfalls anders aus. Die einbrechende Konjunktur mit höheren Sozialausgaben und geringeren Steuereinnahmen wird deutlich machen, dass diese Art »solider Haushaltspolitik« komplett auf Sand gebaut ist.

## Von Anfragen und Konsequenzen

Das Einreichen von Kleinen Anfragen an den Senat gehört zum Alltagsgeschäft der ParlamentarierInnen. Nicht immer kann man mit den Antworten des Senats zufrieden sein, zudem sind wir oft mit der Herausforderung konfrontiert, wie mit den möglicherweise neu gewonnenen Informationen umzugehen ist. Hier müssen wir in der LINKEN im einzelnen entscheiden, ob z.B. die Bürgerschaftsfraktion einen Antrag stellt oder die Bezirksfraktion sich der Angelegenheit annimmt.

Da wir bei der Abgrenzung der Ebenen und Aufgaben noch recht unerfahren sind, also Lern- und Handlungsbedarf haben, hat sich eine kleine Arbeitsgruppe aus Bürgerschafts- und Mitte-VertreterInnen gebildet. Dieser Kreis soll sich Überlegungen machen, wie die Arbeit der Bürgerschaftsabgeordneten Elisabeth Baum und Joachim Bischoff besser mit der Bezirksebene abstimmen werden kann. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass unsere Anfragen und die daraus gegebenenfalls zu schöpfenden neuen Informationen rückgekoppelt werden mit den Menschen und Initiativen vor Ort, die sich mit der Problematik beschäftigen. Ich erachte diese Weitergabe von Hinter-



grundwissen als besonders wichtig für die Gruppen, die sich für die verschiedenen Belange der Stadtteilbevölkerung engagieren. Das heißt aber auch, dass ich darauf angewiesen bin, von seiten der BürgerInnen auf Probleme aufmerksam gemacht zu werden.

Im letzten BürgerInnenbrief berichtete ich u.a. von einer Anfrage zur ehemaligen Kapernaumkirche in Horn. Wie bei

Kleinen Anfragen üblich, ging etwa eine Woche später die Antwort des Senats ein (Drucksache 19/923 vom 26.8.2008). Über den beklagenswerten Zustand des Gebäudes erfahre ich, dass der Behörde zwar bekannt ist, dass Teile der kupfernen Regenrinnen entwendet wurden, »Erkenntnisse über eine Zweckentfremdung des Gebäudes« lägen dagegen nicht vor. Dies obwohl die Fenster zum Teil eingeschlagen sind und ich von AnwohnerInnen vereinzelt andere Einschätzungen übermittelt bekommen habe. Immerhin wurde in Aussicht gestellt, dass »Ende August« eine Begehung seitens der Behörde stattfindet, um »im Anschluss ... über das weitere Vorgehen« zu entscheiden. Es handelt sich bei diesem »Fall« längst nicht nur um das langsame Verfallen eines denkmalwerten Kirchengebäudes. Es geht vor allem auch darum, dass das von der Kirchenverwaltung 2005 verkaufte Gelände vom Investor endlich für den Neubau von Altenwohnungen und eines Pflegeheimes genutzt wird. Vielleicht hat die Anfrage die verantwortlichen Stellen zumindest daran erinnert, dass akuter Handlungsbedarf besteht!

Eine weitere, Anfang September gestellte Anfrage dürfte eine ganz andere Brisanz haben. Mir ist nämlich zu Ohren gekommen, dass die SAGA/GWG in einzelnen Vierteln dazu übergegangen sein soll, aus ihrem Bestand Wohnungen nicht nur an die MieterInnen, sondern auch an ganz andere InteressentInnen zu verkaufen. Letzteres würde einem in der Koalitionsvereinbarung von CDU und GAL formulierten Ziel diametral entgegen laufen. Dort ist nämlich davon die Rede,

gegebenfalls »einzelne Bestände« und dann auch nur an »Mietergemeinschaften« zu vergeben. Von einem anderen Käuferkreis wird im Koalitionspapier ausdrücklich nichts erwähnt. Und doch scheint die SAGA/GWG auch andere InteressentInnen ins Boot zu holen.

Bekanntlich stehen die Spekulanten der Stadt bereit, um einen möglichst großen Teil aus dem öffentlichen Wohnungsunternehmen herauszuberechnen und zu privatisieren – auf Kosten der angestammten BewohnerInnen, die sich die dann unkontrolliert steigenden Mieten nicht mehr erlauben können, herausgeekelt oder im Zuge der Umwandlung in Eigentumswohnungen herausgeworfen werden! Sollte an diesen Privatverkäufen »unter der Hand« etwas dran sein, sollte also die SAGA/GWG einzelne oder gar größere Bestände an Nicht-MieterInnen oder Firmen verhöckern, werden wir dazu in Hamburg ein politisches Fass aufmachen! Denn es kann nicht angehen, der Öffentlichkeit seitens des Senats vorzugaukeln, dass der Bestand der SAGA/GWG unangetastet bleibt, während im Hintergrund die Privatisierung öffentlichen Wohneigentums munter voran geht.

Wer sich über die parlamentarischen Initiativen der LINKEN informieren will, schaut am besten einmal unter <http://www.linksfraktion-hamburg.de/> – wer sich für »Anfragen und Konsequenzen«, also die die Kleinen und Großen Anfragen der LINKEN und auch der anderen Parteien interessiert, schaut unter <http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/>.

## BürgerInnenbüro eröffnet



Joachim Bischoff und Marcus Donath

Ende August wurde das Büro der LINKEN in Borgfelde eröffnet. Das ebenerdig gelegene Ladenlokal ist der Treffpunkt der Bezirksfraktion der LINKEN Hamburg-Mitte und zugleich mein Abgeordnetenbüro. Mir war es wichtig, dass das Büro möglichst in der Mitte des Wahlkreises 1 bzw. des langgestreckten Bezirks liegt – nur wenig entfernt von der Station Burgstraße der Linie U3, die St. Pauli und St. Georg mit Borgfelde, Hamm, Billstedt und Mümmelmannsberg verbindet.

Zur Eröffnung waren fast 100 Menschen gekommen, darunter BewohnerInnen aus der direkten Nachbarschaft, was

mir besonders am Herzen lag. Denn das Büro soll nicht nur den Sitzungen der Bezirksfraktion und den Sprechstunden der Abgeordneten dienen, sondern sich möglichst zu einem vielfältig genutzten Treffpunkt von Menschen und Initiativen entwickeln. Ich möchte daher gerade die sozialen und stadtteilorientierten Initiativen aus dem Bezirk, vor allem natürlich aus der näheren Umgebung herzlich einladen, die neuen Räumlichkeiten für eigene Zwecke in Anspruch zu nehmen.

Während der Sprechstunden, die ich regelmäßig donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr abhalte, tragen Menschen aus



Die neuen NutzerInnen des Abgeordnetenbüros aus Bezirk und Bürgerschaft

dem Wahlkreis und stellen ihre Anliegen dar – vor allem persönliche Alltagssorgen, aber auch Beschwerden gegen die unzureichenden sozialen Verhältnisse. Eine Besucherin kritisierte, dass sie als Bezieherin von Arbeitslosengeld (ALG) II sich zwar zu einem Bewerbungsgespräch ins Saarland aufmachen wolle, aber die Kosten für die Übernachtung vorfinanzieren müsse. Auf den Hinweis, dass sie das Geld schlicht nicht habe, riet man ihr bei der ARGE, ein Darlehen aufzunehmen. Wie viel Darlehen sollen ALG-II-BezieherInnen wohl in Zukunft aufnehmen, wenn für die Kinder in der Schule kurzfristig Lehrbücher zu zahlen sind, der Sportvereinsbeitrag drückt oder für die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise noch keine ausreichende Anpassung des Regelsatzes erfolgt ist? Leider können wir in solchen Situationen erst einmal nicht viel mehr tun, als uns die Sorgen anzuhören und es als Fraktion politisch aufzugreifen. Auch wenn ich persönlich dafür eintrete, dass ALG-II-BezieherInnen von Vereinsbeiträgen entlastet werden, damit die Betroffenen ihren Sport in der gewohnten Umgebung weiterhin betreiben können,

hilft das in der konkreten Situation nicht weiter. Aber es bestärkt mich darin, dies als eine Herausforderung für die LINKE insgesamt zu verstehen, denn bestimmte gesetzliche Veränderungen können eben nur durch entsprechende Mehrheiten im Bundestag realisiert werden.

Deshalb möchte ich die Menschen ermutigen, die Sprechstunden der Bezirksabgeordneten und meine Sprechstunde möglichst intensiv in Anspruch zu nehmen. Auch wenn wir nicht sofort Abhilfe schaffen können, stoßen wir durch die Fragen und Sorgen der BürgerInnen immer wieder auf Probleme, die wir dann in der Bezirksversammlung und auch in der Bürgerschaft vorbringen können.

Die Sprechstunde der Bezirksfraktion der LINKEN Hamburg-Mitte findet dienstags von 16:00 bis 18:00 Uhr statt. Mich und nach Absprache auch meine Bürgerschaftskollegin Elisabeth Baum erreichen Sie donnerstag von 16:00 bis 18:00 Uhr. Das Büro in der Borgfelderstraße 83 ist ansonsten montags bis mittwochs von 11:00 bis 15:00 Uhr besetzt. Telefonisch ist es unter der Nummer 28 57 69 08 zu erreichen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.